

**AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT UND WÄHRUNG
WÄHRUNGSPOLITISCHER DIALOG MIT MARIO DRAGHI,
PRÄSIDENT DER EZB
(gemäß Artikel 284 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union)
BRÜSSEL, MONTAG, 3. MÄRZ 2014**

**COMMITTEE ON ECONOMIC AND MONETARY AFFAIRS
MONETARY DIALOGUE WITH MARIO DRAGHI,
PRESIDENT OF THE EUROPEAN CENTRAL BANK
(pursuant to Article 284(3) of the EC Treaty)
BRUSSELS, MONDAY, 3 MARCH 2014**

**COMMISSION ÉCONOMIQUE ET MONÉTAIRE
DIALOGUE MONÉTAIRE AVEC M. MARIO DRAGHI,
PRÉSIDENT DE LA BCE
(conformément à l'article 284, paragraphe 3, du traité CE)
BRUXELLES, LUNDI 3 MARS 2014**

1-002

VORSITZ: SHARON BOWLES
*Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und
 Währung*

1-003

(Die Sitzung wird um 15.20 Uhr eröffnet)

Die Vorsitzende. – Herr Draghi, heute findet der letzte währungspolitische Dialog dieser aktuellen Wahlperiode statt, so dass Sie heute letztmalig vor Mandatsende vor diesem Ausschuss für Wirtschaft und Währung und damit auch in der letzten Sitzung unter meinem Vorsitz auftreten. Man kann sagen, wir können auf gute gemeinsame Zeiten zurückblicken.

Da der Wirtschaftsausschuss eine befürwortende Stellungnahme zu Ihrer Ernennung abgegeben hat, fühlen wir uns für den politischen Kurs der EZB unter Ihrer Präsidentschaft verantwortlich. Dieses Mandat stellte den mit Abstand schwierigsten und herausforderndsten Teil im Bereich Wirtschaft und Währung dar. Es ist noch gar nicht so lange her, dass manche Leute das Weiterbestehen der WWU, wie wir sie heute kennen, in Frage stellten. Glücklicherweise hat sich die Lage inzwischen entscheidend verbessert – Maßnahmen der EZB eingeschlossen –, aber es bleibt noch viel zu tun, und es scheint ein großes Interesse an den Maßnahmen zu bestehen, die Sie über das aktuelle Mandat hinaus und im kommenden Mandat ergreifen werden.

Wir im Ausschuss für Wirtschaft und Währung haben mit der Europäischen Zentralbank sehr gut zusammengearbeitet. Ich denke, wir waren Verbündete im Six-Pack, und nunmehr sind wir Verbündete in der Frage der Bankenunion, um eine befriedigende und praxistaugliche Reaktion für die Zukunft zu erhalten.

Es wurden Meinungen laut, dass wir sehr viel Zeit darauf verwenden, Sie in diesen Sitzungen nach anderen Dingen als der Währungspolitik zu befragen, doch angesichts des Gewichts der Rechtsvorschriften, die auf uns lasteten, und des ganz erheblichen Effekts, die diese auf die Währungsunion hatten, habe ich den Eindruck, dass es uns allen am Herzen lag, uns über diese bahnbrechenden Rechtsvorschriften auszutauschen und nicht nur Fragen zu Zinssätzen zu stellen.

Gleichzeitig haben Sie sich mit anderen Zentralbanken in der Politik der „Forward Guidance“ zusammengeschlossen, was bedeutet, dass wir zukünftig sicherlich eine „Forward Guidance“ für die Zwecke dieses Ausschusses einfordern werden.

Wir haben viele Ihrer Auftritte hier genießen dürfen, und wir danken Ihnen dafür, dass Sie uns Antworten gegeben haben, die m. E. häufig über den formellen Aufgabenbereich hinausgingen, doch wir wissen Ihren Beitrag zu unserer gesetzgeberischen Arbeit sowie Ihre Teilnahme am währungspolitischen Dialog sehr zu schätzen.

1-004

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank. – Frau Vorsitzende, sehr geehrte Mitglieder, dies ist in der Tat meine letzte Anhörung im Ausschuss für Wirtschaft und Währung vor Ende dieser Legislaturperiode. Zunächst möchte ich Ihnen, Frau Bowles, für Ihre Leitung dieses Ausschuss in dieser herausfordernden Zeit danken. Wie Sie bereits sagten, haben wir hervorragend zusammengearbeitet.

Auch ich darf Ihnen allen für die offenen und lohnenden Meinungs austausche der vergangenen zweieinhalb Jahre danken. Für mich war das eine unschätzbare Erfahrung. In diesen krisengeschüttelten Zeiten hat sich der Umstand, vor einer Versammlung mit einer wahrhaft europäischen Perspektive Rechenschaft abzulegen, in Bezug auf die öffentliche Akzeptanz unserer Maßnahmen als hilfreich erwiesen. Zudem waren die Anhörungen für den Austausch zwischen zwei echten europäischen Institutionen zum Stand der Wirtschafts- und Währungsunion sowie für die Debatte über den richtigen Weg nach vorn stets ein willkommener Anlass. Der Fortführung dieses Ansatzes mit dem neuen Ausschuss für Wirtschaft und Währung ab Juli 2014 sehe ich mit Freude entgegen.

Auf dieser letzten Anhörung möchte ich eine Bilanz der Geldpolitik der EZB der vergangenen fünf Jahre ziehen und rekapitulieren, was im Euro-Raum während dieser Jahre erreicht worden ist. Gestatten Sie mir auch, eine Beurteilung der vor uns liegenden Herausforderungen sowie eine Einschätzung dessen, was das neue Parlament und die neue Kommission erwarten wird, abzugeben.

Bevor ich näher auf die Einzelheiten dieser drei Bereiche eingehe, möchte ich Sie jedoch zunächst daran erinnern, dass die nächste Sitzung des Rates der Europäischen Zentralbank am Donnerstag stattfindet. Angesichts der so genannten Purdah, der Vorwahlzeit, werden Sie sicherlich verstehen, dass ich heute nicht in der Lage bin, mich zu unserem geldpolitischen Kurs ausführlich zu äußern.

In den letzten fünf Jahren hat die EZB weiterhin alle erforderlichen Maßnahmen ergriffen, die auf die Erhaltung der Preisstabilität im Euro-Raum abzielen. Lassen Sie mich auf die erste Anhörung in der laufenden Wahlperiode zurückblicken, die im September 2009 mit meinem Vorgänger durchgeführt wurde: zu jenem Zeitpunkt durchschritt die Wirtschaft nach der drastischen Schrumpfung in der Folge des Zusammenbruchs von Lehman Brothers gerade die Talsohle. Wir sahen uns negativen Inflationsraten gegenüber. In diesem Umfeld musste die Prognose weitgehend im Zusammenhang mit der Preisstabilität gesehen werden. Es wurde erwartet, dass die Inflationsraten auf einen Wert nahe 2 % ansteigen würden. Der Leitzins der EZB wurde auf dem sehr niedrigen Niveau beibehalten, auf das er in mehreren Etappen seit dem Herbst des Vorjahres gesenkt worden

war. Es wurde das allmähliche Auslaufen von Sondermaßnahmen angekündigt.

Allerdings froren im Mai 2010 die Staatsschuldenmärkte in mehreren Mitgliedstaaten des Euro-Raums ein. Die finanzielle Zersplitterung nahm neue und unbekanntere Formen an, wobei die Finanzbedingungen und die Transmission unserer Geldpolitik in den einzelnen Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich ausfielen. Wir haben darauf mit der Einführung des Programms für die Wertpapiermärkte reagiert, das auf den Kauf von Staatsanleihen gerichtet ist.

Als die wirtschaftlichen Auswirkungen der Staatsschuldenkrise anfänglich noch begrenzt waren und sich weitgehend auf anfällige Volkswirtschaften beschränkten, ergab sich durch die schnelle allgemeine Erholung ein Aufwärtsdruck auf Energiepreise. Dies wiederum trieb die Inflation im Euro-Raum nach oben. Zu Beginn des Jahres 2011 entschieden wir uns angesichts von Aufwärtsrisiken für mittelfristige Inflationsprognosen aufgrund der Energiepreise und überreichlicher monetärer Liquidität für eine Erhöhung der Zinssätze.

Dennoch zog die Staatsschuldenkrise weitere Kreise und der Euro-Raum trat in eine zweite Rezession ein. Der zuvor aufgekommene Inflationsdruck schwächte sich ab. Daher senkten wir die Zinssätze in mehreren Schritten. Durch Belastungen der Staatsschuldenmärkte verschlechterten sich die Bedingungen für Interbankkredite für in den betroffenen Mitgliedstaaten ansässige Banken zusehends. Um eine Kreditverknappung zu vermeiden, führten wir Refinanzierungsgeschäfte mit Laufzeiten von bis zu drei Jahren im Rahmen einer umfassenden Liquiditätszuteilung mit Zinsbindung ein.

Da die wechselseitigen Gefährdungen von Banken und deren Anleihen eine nachteilige, sich selbstverstärkende Vertrauenskrise begünstigten, begannen Investoren zu fürchten, dass in bestimmten Mitgliedstaaten begebene öffentliche und private Verbindlichkeiten nicht in unserer Gemeinschaftswährung getilgt werden könnten. Es entstand ein erhebliches Umstellungsrisiko.

Wie Sie wissen, stellt die Integrität des Euro-Raums eine absolute Voraussetzung dafür dar, dass wir das uns vom Vertrag übertragene Mandat erfüllen können, insbesondere bei der Sicherstellung der reibungslosen Übertragung unserer Geldpolitik. Um diese Integrität zu bewahren, haben wir unsere Bereitschaft zur Durchführung von unbegrenzten Anleihekäufen verkündet, mit dem konkreten Ziel, die Preisermittlung von Wertpapieren von diesem erhöhten Risiko zu befreien. Mit dieser Ankündigung wurden die destabilisierenden Kapitalflüsse gestoppt, zu denen es im Frühjahr 2012 aufgrund von Umstellungsängsten gekommen war.

Während sich die Finanzmärkte über mehrere Monate hinweg auf einem stabilen Normalisierungskurs befanden, wurde der Geldmarkt des Euro-Raums im

Frühsommer 2013 – wie auch die anderen Märkte des globalen Finanzsystems – externen Schocks ausgesetzt. Wir verzeichneten eine nachhaltige Steigerung der erwarteten Zinssätze. Diese hielten wir angesichts unserer vorhandenen volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen für ungerechtfertigt, und sie entsprachen nicht den politischen Vorhaben des Rates der EZB. Aus diesem Grunde gaben wir im Juli 2013 eine eingehende Erläuterung der Orientierung der zukünftigen Geldpolitik: wir haben Orientierungshilfe hinsichtlich des künftigen politischen Wegs in Abhängigkeit von den sich abzeichnenden Erwartungen in Sachen Preisstabilität angeboten.

Alle unsere Maßnahmen, standardisiert oder nicht, dienten unserem wichtigsten Ziel – der Erhaltung der Preisstabilität – und sie haben Wirkung gezeigt. Seit Juni 2009 (also seit Beginn dieser Wahlperiode) lag die durchschnittliche Inflationsrate im Euro-Raum bei 1,8 %. Außergewöhnliche Umstände erforderten außergewöhnliche Maßnahmen, indes hat sich unser Festhalten an unserem wichtigsten Ziel nicht geändert, und unser Handeln wird weiterhin von unserer Strategie bestimmt. Unser glaubwürdiges Festhalten an diesen Kernelementen spiegelt sich in den in der Zielsetzung des EZB-Rates nach wie vor fest verankerten mittelfristigen Inflationserwartungen wider, die Inflationsraten mittelfristig unter, aber nahe bei 2 % zu halten.

Im Euro-Raum hat es in den vergangenen fünf Jahren nicht nur eine wirksame Geldpolitik gegeben; wir sollten uns auch daran erinnern, dass auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik vieles erreicht wurde. Heute, vier Jahre nachdem die ersten Mitgliedstaaten um Finanzhilfen ersucht haben, können wir mit Sicherheit sagen, dass das Schlimmste verhindert worden ist. Der politische Wille aller beteiligten Parteien hat sich als stark genug erwiesen, die Integrität des Euro zu bewahren. Viele hatten diesen Willen unterschätzt.

Und mehr als das: Im Gegensatz zu dem trüben Bild, das einige in diesen Tagen zu zeichnen versuchen, ist der Euro-Raum – hinsichtlich seines wirtschaftlichen Fundaments und seiner institutionellen Struktur – besser gewappnet als zu Beginn der aktuellen Amtszeit des Parlaments. Er bewegt sich eindeutig in die richtige Richtung - das Glas ist mindestens halb voll.

Größtenteils lässt sich dies auf die Korrektur der Wirtschaftspolitiken auf einzelstaatlicher Ebene zurückführen. Die Ungleichgewichte gehen zurück und es werden die Grundlagen für bessere Wettbewerbsfähigkeit und stärkeres Wachstum gelegt. Dies gilt insbesondere für Programmländer, die bemerkenswerte Anstrengungen zur Konsolidierung ihres Staatshaushalts, Wiederherstellung ihres Finanzsektors und Reformierung der Struktur ihrer Volkswirtschaft unternommen haben.

Über die einzelstaatlichen Maßnahmen hinaus ist der Euro-Raum als Ganzes widerstandsfähiger geworden. In diesen turbulenten Jahren, in denen eine Rückkehr zu

Abhilfemaßnahmen auf einzelstaatlicher Ebene häufig verlockend schien, hat das Europäische Parlament mit seiner wahrhaft europäischen Perspektive eine entscheidende Rolle bei der Sicherstellung wahrhaft europäischer Lösungen gespielt.

Mir ist bewusst, dass der institutionelle Ansatz, der zu bestimmten Zeitpunkten verfolgt werden musste, einiges Unbehagen verursacht hat, insbesondere in diesem Haus. Aber lassen Sie uns insgesamt anerkennen, was alles erreicht worden ist. Erstens wurde der Ordnungsrahmen durch den „Six-Pack“, den „Two-Pack“ und den Fiskalpakt besser an die Herausforderungen der Währungsunion angeglichen. Dies war ein wichtiger Schritt hin zu soliden öffentlichen Finanzen im Euro-Raum.

Zweitens wird durch eine verbesserte Finanzregelung – wie zum Beispiel das Eigenkapitalrichtlinienpaket (CRD IV) und der zur Abwicklungsrichtlinie (BRRD) erzielte Kompromiss sowie die allmählichen Schritte hin zu einer echten Bankenunion mit einer gemeinsamen Aufsichtsbehörde, einem einzigen Abwicklungsmechanismus und einem harmonisierten Rahmen für einzelstaatliche Einlagensicherungssysteme – das Risiko erheblich verringert, dass es erneut zu einer Krise in der Größenordnung, wie wir sie gerade erlebt haben, kommen wird.

Drittens waren im Jahr 2010 keine Vorkehrungen getroffen worden, um dem schwindenden Marktzugang der Mitgliedstaaten zu begegnen. Diese Lücke hatte auf den Märkten zu großer Unsicherheit darüber, wie es denn weitergehen soll, geführt. Mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und dem Two-Pack sind sowohl ein dauerhaftes Finanzierungsinstrument als auch ein Regulierungsrahmen geschaffen worden. Dies war ein großer Schritt vorwärts, und mit ihm wird sichergestellt, dass der Euro-Raum zukünftig besser für die Bewältigung solcher Krisen gewappnet ist.

Aus historischer Sicht sind fünf Jahre nur ein Wimpernschlag. In weniger als fünf Jahren hat der Euro-Raum einen bemerkenswerten Sprung nach vorn geschafft, der uns Zusammenhalt gebracht hat. Dies kann in den kommenden Wochen nicht oft genug betont werden.

Ich habe keine Zweifel, dass das nächste Parlament ab Juli weiterhin die wichtige Funktion ausüben wird, die diesem Hohen Haus in der zu Ende gehenden Wahlperiode zugekommen ist. Die Herausforderungen, die noch vor uns liegen, sind viel zu wichtig und vielschichtig, als dass wir in Selbstgefälligkeit verfallen könnten. Es ist zu früh, zu behaupten, die „Mission sei erfüllt“.

Die Menschen im Euro-Raum leiden nach den über Jahre hinweg entstandenen Ungleichgewichten immer noch unter dem unvermeidlichen Anpassungsprozess, der darauf folgt. Die Arbeitslosigkeit ist nach wie vor auf einem untragbar hohen Niveau. Die Bürgerinnen und Bürger beurteilen Europa nach seiner Fähigkeit, Arbeitsplätze bereitzustellen und für nachhaltiges

Wachstum zu sorgen. Die kommenden Jahre werden davon geprägt sein, eine vollkommenerere Gemeinschaft zu schaffen, die sich diesen Zielen verschrieben hat. In erster Linie bedeutet das, die Versprechen einzulösen, die wir in der Vergangenheit gegeben haben. Die Mitgliedstaaten müssen ihre Zusagen erfüllen, Ungleichgewichte zu beheben und die Struktur ihrer Volkswirtschaften zu reformieren. Die Haushaltspolitiken müssen mit den Regelungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts und des Fiskalpakts in Übereinstimmung gebracht werden. Die Haushaltskonsolidierung sollte in einer wachstumsfreundlichen Weise erfolgen, bei der durch Strukturreformen das potenzielle Wachstum angekurbelt wird.

Dies betrifft alle Mitgliedstaaten, nicht nur jene, die irgendwann kurz davor waren, ihren Marktzugang einzubüßen. Auch die europäischen Institutionen sind betroffen. Sie müssen sicherstellen, dass die gemeinsamen Vorschriften konsequent und ausgewogen angewendet werden.

Die Erfüllung von Zusagen bedeutet auch, das im Juni 2012 gegebene Versprechen der Staats- und Regierungschefs zur Vollendung der Bankenunion Wirklichkeit werden zu lassen. Das bedeutet eine zügige Umsetzung der vereinbarten Richtlinien in einzelstaatliches Recht sowie die strikte Anwendung des verabschiedeten Rechtsrahmens. Ferner heißt das, dass bis zum Ende dieser Wahlperiode über eine zweite starke Säule der Bankenunion in Form eines einheitlichen Abwicklungsmechanismus entschieden werden muss.

Eine vollkommenerere Union zu schaffen bedeutet außerdem, die verbliebenen Lücken in der Architektur der Wirtschafts- und Währungsunion zu schließen. Eine echte und umfassende Wirtschafts- und Währungsunion, wie im Bericht der vier Präsidenten dargelegt, sollte unser langfristiges Ziel bleiben – was jedoch nicht heißen soll, dass die Integration bis zum Äußersten vorangetrieben werden muss. Dies ist weder wirtschaftlich notwendig noch politisch realistisch. Vielmehr heißt das, die wirtschaftlichen Ordnungspolitiken der Mitgliedstaaten gegebenenfalls aufeinander abzustimmen, um sicherzustellen, dass positive Effekte verstärkt, negative externe Effekte hingegen verringert werden. Eine geteilte Souveränität in maßgeblichen politischen Bereichen ist sicherlich eine Möglichkeit, dies zu erreichen.

Es steht einer Zentralbank nicht zu, Lösungen vorzuschreiben. Das ist ein Vorrecht der Politik. Es ist jedoch meine Hoffnung, sowohl als Zentralbanker als auch als Bürger Europas, dass die anstehende Wahlkampagne uns ermöglicht, in eine Debatte über Lösungen für den gemeinsamen künftigen Weg Europas einzutreten. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Ich möchte Sie einladen, Fragen zu stellen.

(Beifall)

Burkhard Balz (PPE). – Herr Präsident, herzlichen Dank für Ihre Ausführungen, insbesondere für das Lob, das Sie dem Europäischen Parlament für die Arbeit entgegengebracht haben. Wenn man wie ich aus Deutschland kommt, dann weiß man eben auch, dass es Institutionen gibt, die das nicht immer nur so sehen. Dafür möchte ich mich ausdrücklich bedanken.

Ich habe zwei Fragen. Einmal zum Thema der Unterlegung von Eigenkapital bei Staatsanleihen. Das Europäische Parlament fordert hier ja schon seit längerer Zeit die Risikogewichtung von Staatsanleihen. In den Verhandlungen mit anderen EU-Institutionen wird jedoch immer der Satz, der Staatsanleihen und Risiko miteinander verbindet, abgeschmettert. Nun gibt es ja immer mehr Personen, die sich für einen solchen Ansatz aussprechen, jüngst der deutsche Finanzminister. Ich möchte Sie heute fragen, Herr Präsident: Wie stehen Sie dazu, vor allen Dingen was erste Schritte in diese Richtung anbelangt, gerade auch vor dem Hintergrund der anstehenden Bilanzbewertung und dem Stresstest, und zweitens auch mit dem Blick auf weitere darüber hinausgehende Schritte?

Die zweite Frage betrifft die Troika: Die EZB ist ja auch Mitglied der Troika. In den Problemländern, in denen die Troika tätig ist, gibt es Kritik an den Umsetzungsmaßnahmen, obwohl diese von den jeweiligen Regierungen und oft auch nationalen Parlamenten mit ausverhandelt sind. Die Vergangenheit hat ja gezeigt, dass gerade solche Länder, die tiefgreifende Struktur- und Wirtschaftsreformen unternommen haben, eine Zeit später davon immens profitierten. Wie sieht hier die Europäische Zentralbank, wie sehen Sie hier die Entwicklung?

1-006

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank. – Bezüglich Ihrer ersten Frage – der Risikogewichtung von Staatsanleihen – müssen wir mehrere Aspekte unterscheiden. Ein Aspekt ist die breite Risikogewichtung von Staatsanleihen in Form von Veränderungen, die in der weltweiten Bankenregulierung insgesamt vorgenommen werden. Diese Frage sollte vom Baseler Ausschuss erörtert werden und für alle Banken weltweit gleichermaßen gelten, und zwar in Form einer Globalregelung.

Ein weiterer Aspekt besteht darin, wie in unserer Qualitätsprüfung von Vermögenswerten Staatsanleihen bewertet werden. Diese Bewertung erfolgt im Einklang mit dem aktuellen CRD-IV-Paket sowie weiteren aktuellen EU-Verordnungen. Ein dritter Aspekt besteht darin, wie Staatsanleihen in Stresstests behandelt werden. Die Antwort lautet, dass sie wie alle übrigen Vermögenswerte behandelt werden. Mit anderen Worten, sie werden so wie alle anderen Vermögenswerte auch anhand der Stressparameter getestet. Wir sind bestrebt, angesichts des derzeit in der Europäischen Union geltenden Rechtsstands so konservativ wie möglich vorzugehen.

Die zweite Frage betrifft die Troika. Ich stimme vollkommen mit Ihnen überein, dass die Länder, die an den Programmen beteiligt wurden, an denen die Troika mitgewirkt hat, von diesen Programmen profitiert haben. Das können wir nach so vielen Jahren so feststellen. Es war kein leichter Weg. Er war hochkompliziert und in den meisten Fällen äußerst schmerzhaft, aber inzwischen ist ziemlich klar, dass diese Programme im Großen und Ganzen das waren, was die betroffenen Länder gebraucht haben – und worauf sie auch weiterhin angewiesen sind, denn die Arbeit ist noch nicht abgeschlossen.

Sicherlich habe ich im Anschluss noch Gelegenheit, auf die Rolle der EZB in der Troika einzugehen, aber entscheidend ist hier, dass die Mitwirkung der EZB in der Troika zunächst einmal dem Ziel diene, die Übertragungskanäle der Geldpolitik zu optimieren. Darauf werde ich sicherlich auch in meinen weiteren Antworten zurückkommen.

1-007

Elisa Ferreira (S&D). – Ich habe Ihnen ein ums andere Mal dafür gedankt, dass Sie beim Aufkommen der Krise da waren, daher werde ich die Zeit sparen und nicht erneut darauf eingehen.

Vielmehr möchte ich Sie bitten, auch weiterhin über fehlende Strukturelemente des Euro-Raums nachzudenken und nachhaltigere Elemente zu erwägen. Das ist Ihre Pflicht.

Ich möchte mich auf zwei Fragen beschränken, zunächst zum SRM – dem Abwicklungsmechanismus. Wie Sie wissen, hat sich dieses Parlament sehr in der Frage der Bankenunion im Allgemeinen engagiert und insbesondere einen hilfreichen Beitrag zum Einheitlichen Aufsichtsmechanismus (SSM) geleistet. Bei den äußerst schwierigen Verhandlungen mit dem Rat läuft uns jetzt die Zeit davon. Als Berichterstatterin sowie im Namen des Berichterstatterteams, aber auch der Mit- und Schattenberichterstatter, möchte ich Sie bitten, sich klar und deutlich zum Beitrag der EZB in diesem Prozess zu äußern. Sie sind berechtigt, dies zu tun, und Ihre Aufsicht wird nicht glaubwürdig sein, wenn Sie nicht gleichzeitig über einen ähnlich robusten Rahmen zur Abwicklung von Banken verfügen. Die Probleme sind eindeutig benannt und dies ist natürlich ein entpolitisiertes Entscheidungsfindungsprozess in Bezug auf bestimmte Banken, eine Kreditlinie und die Finanzierung von Nothilfe- und Abwicklungsmaßnahmen.

Meine zweite Frage lautet, was nach der Umsetzung des Programms in den Ländern passieren wird. Ich möchte meine Zeit darauf verwenden, auf Ihre positiven Anmerkungen einzugehen, selbst wenn wir bekanntermaßen nicht in allen Dingen einer Meinung sind und die Staatsschulden sich vergrößert haben, denn in manchen Mitgliedstaaten wird dieses Programm einen um 30-50 % höheren Staatsschuldenstand hinterlassen. Die Wachstumsaussichten reichen nicht aus, um diese Zusatzverbindlichkeiten verantworten zu können. Daher

möchte ich wissen, ob die OMT-Ankündigung weiterhin gilt. Sind Sie in der Lage, erforderlichenfalls zu intervenieren, und welche Art von Bedingungen werden Sie den Ländern auferlegen, wenn Sie sie vor Spekulantenangriffen beschützen wollen?

1-008

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank. – Ich möchte Ihnen zustimmen. Es kommt jetzt darauf an, in den Verhandlungen über den SRM zu einem schnellen Abschluss zu kommen. Es bleibt dabei, worauf die EZB und ich selbst seit Anbeginn dieser Verhandlungen vor längerer Zeit verwiesen haben – nämlich, dass der SRM eine Art von Kontrolle ausüben sollte, die effektive und angemessene Entscheidungen in Situationen ermöglicht, die sehr schwierig sind. Diese Entscheidungen müssen schnell getroffen werden, so dass die Kontrolle dergestalt ausgeübt werden kann, dass ihr Ziel erreicht wird.

Zweitens muss zwischen der Bewertung seitens der Aufsicht – SSM und EZB – und der Abwicklungsentscheidung seitens des SRM eine strikte Trennung bestehen. Der SSM wird die Bewertung vornehmen und entscheiden, ob eine Bank abgewickelt werden muss. Ist eine Bank nicht länger arbeitsfähig, muss der SRM über ihre Abwicklung befinden sowie darüber, wie diese Abwicklung aussehen soll, im Grunde aber auch alles andere Notwendige auf der Grundlage der Bewertung des SSM entscheiden. Es hat wenig Sinn, die beiden Dimensionen Bewertung und Entscheidung zusammenzufassen oder miteinander zu vermengen. Und zwar so wenig, dass wir als EZB, obwohl an uns herangetragen wurde, es wäre nützlich für uns, uns am SRM zu beteiligen, es für besser halten, lediglich als Beobachterin zu fungieren.

Was den dritten Punkt, den derzeit vorgesehenen Zeitraum, betrifft – also zehn Jahre bis zur Etablierung eines gemeinsamen Sicherheitsnetzes, das einen Teil des Risikos vergemeinschaftet –, so halten wir diese Frist für zu lang. Wir haben uns genau genommen für eine Halbierung dieser Frist eingesetzt, bzw. für eine Verdopplung des Tempos bei der Umsetzung. Das soll übrigens nicht heißen, dass die Banken aufgefordert werden, doppelt so schnell zu zahlen, sondern vielmehr, dass während des Übergangszeitraums nach fünf Jahren ein gemeinsames Sicherheitsnetz eingerichtet ist.

Dieses Netz muss bereits dann vorhanden sein, wenn sich die Bank in einem stabilen Zustand befindet. Man könnte es vielleicht anders ausgestalten. Es könnte der Abwicklungsmechanismus, SRM, sein, der Emissionen am Markt bereitstellen kann – allerdings mit gemeinsamen Staatsgarantien –, oder man gestaltet es als eine Art Kreditlinie mit dem ESM. Wir sehen diese als die zentralen Elemente für den ESM an. Ich würde nicht behaupten, dass der SSM ohne einen vorhandenen SRM bis zur Funktionsaufnahme des SSM unglaubwürdig wäre; wenn jedoch der SRM noch nicht eingerichtet ist, wären die Zuständigkeiten ungünstig verteilt. Anders gesagt, es gäbe zwar für die Entscheidungsfindung ein zentrales Gremium wie den SSM, doch daneben gäbe es weiterhin einzelstaatliche

Behörden, die über die Abwicklung befinden, weshalb es zu unklaren Zuständigkeiten käme.

Zu Ihrer zweiten Frage zu Outright Monetary Transactions (OMT): dies ist ein Programm, das bei Bedarf vollständig aktiviert werden kann, sofern die Bedingungen, die zur Entwicklung des OMT geführt haben, eingetreten sind und alle bei der Entwicklung des OMT angegebenen Bedingungen erfüllt sind – nämlich dass das Land über ein Programm verfügen muss, welches bestimmte Eigenschaften aufweisen und eine Reihe von Bedingungen erfüllen muss. Was dies betrifft, so hat sich nichts geändert.

1-009

Elisa Ferreira (S&D). – Meine Frage betrifft den OMT.

1-010

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank. – Die Maßnahmen des OMT-Programms können wie ursprünglich geplant aktiviert werden.

1-011

Olle Schmidt (ALDE). – Herr Präsident, da ich heute zum letzten Mal Gelegenheit habe, Ihnen Fragen zu stellen, möchte ich meine persönliche Wertschätzung und Bewunderung darüber zum Ausdruck bringen, wie Sie die EZB und Europa aus dieser Krise herausgeleitet haben. Ich denke, dass viele meiner Kollegen dasselbe sagen würden. Und das ist die allerletzte Gelegenheit, das möchte ich betonen.

Ich habe zwei wichtige Fragen, doch zunächst möchte ich Ihnen eine Frage zur Ukraine stellen, da dieses Thema heute in aller Munde ist. Ich denke, dass Sie sich dazu äußern möchten sowie zu den Erwartungen, wie die Geschehnisse im restlichen Europa die Art und Weise Ihrer Geldpolitik beeinflussen werden.

In meiner ersten eigentlichen Frage geht es um Transparenz. Sie haben erwähnt, dass in den vor uns liegenden fünf Jahren Rechenschaftspflicht und Transparenz einer Verbesserung bedürfen. Werden Sie denn darauf hinwirken, dass die Protokolle in den kommenden fünf Jahren veröffentlicht werden?

Meine zweite Frage bezieht sich auf ein geteiltes Europa. Wie Sie wissen, komme ich aus einem Land, das außerhalb des Euro-Raums liegt, und ich habe mich stets zugunsten des Euro und dessen Einführung in meinem Heimatland ausgesprochen. Sie sprachen über eine vollkommene Union. Wird es aufgrund der aktuellen Geschehnisse nicht zu einem geteilten Europa kommen, in dem die Bankenunion und all die übrigen Maßnahmen auf die Länder des Euro-Raums konzentriert sein werden? Meine Befürchtung ist, dass es zu einem geteilten, zersplitterten Europa kommen könnte?

1-012

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank. – Leider habe ich nicht verstanden, was Sie zur Ukraine sagten. Möchten Sie, dass ich mich zur Ukraine äußere? Dieses Thema bedarf einer komplexen Antwort. Sie sollte zwei Aspekte enthalten. Der eine Aspekt ist rein technischer Art, der sich auf die

wirtschaftliche Seite beschränkt. Von dieser Warte aus würden wir die finanziellen und Handelsverbindungen der Ukraine mit dem Euro-Raum betrachten und erkennen, dass diese relativ überschaubar sind. Exporte aus dem Euro-Raum in die Ukraine machen weniger als 1 % der Auslandsnachfrage aus. Weniger als 1 % der grenzüberschreitenden Forderungen von Banken im Euro-Raum beziehen sich auf Partner in der Ukraine.

Aus diesem engen Blickwinkel gesehen werden die wirtschaftlichen Auswirkungen auf den Euro-Raum wahrscheinlich recht überschaubar sein. Unter einem ähnlichen Gesichtspunkt könnte man all dies mit Ereignissen vergleichen, die noch nicht allzu lange zurückliegen, nämlich den Ausstrahlungseffekten von geldpolitischen Entscheidungen anderer Rechtsordnungen auf Schwellenländer, wo wir gesehen haben, dass die Auswirkungen auf den Euro-Raum im Großen und Ganzen eher gering waren. Die geopolitischen Dimensionen der aktuellen Lage unterscheiden sich allerdings grundlegend von jenen, die in Bezug auf die genannten Ausstrahlungseffekte oder die Auswirkungen auf geldpolitische Entscheidungen anderer Länder galten. Die der aktuellen Lage innewohnenden geopolitischen Dimensionen könnten an sich die Ereignisse in unverhältnismäßiger Weise zu den derzeitigen Zusammenhängen und Statistiken, die ich soeben beschrieben habe, beeinflussen. Wir sollten diese Situation mit großer Aufmerksamkeit verfolgen und uns bewusst machen, dass die Entscheidungsfindung nicht nur auf geldpolitischem Gebiet, sondern auch in umfassenderem Zusammenhang auf dem Spiel steht, was sich unter anderem auf die Wirtschaft auswirken könnte.

Zur Frage der Transparenz und der Protokolle: auf eine vor einiger Zeit erfolgte Initiative hin hat das Direktorium dem EZB-Rat einen Vorschlag vorgelegt, und wir haben begonnen, uns über die Protokolle auszutauschen. Es gab bereits eine erste Diskussionsrunde; weitere werden folgen. Wie ich bereits bei früheren Gelegenheiten sagte, ist dies eine komplizierte Angelegenheit, da wir zahlreiche Aspekte berücksichtigen müssen: das Erfordernis, umfassend transparent und informativ zu sein, und gleichzeitig die Notwendigkeit, die Unabhängigkeit der Ratsmitglieder zu schützen. Ich kann sicherlich garantieren, dass die Diskussionen innerhalb von fünf Jahren abgeschlossen und die Sitzungsprotokolle bis dahin veröffentlicht sein werden.

(Lachen)

Ich denke, ich kann das fest zusagen.

Der andere angesprochene Punkt ist ganz offensichtlich. Geben all diese Initiativen zur Bankenunion Anlass zur Spaltung in der Europäischen Union?

Zunächst einmal handelt es sich gewissermaßen um normale Schritte, die zur Selbsterhaltung der Währungsunion ergriffen werden müssen. Unsere Währungsunion war ein kühner Schritt nach vorn, aber

sie ist noch nicht abgeschlossen, und es bedarf mehrerer weiterer Schritte, bevor wir die Architektur der Währungsunion als solide und robust bezeichnen können. Zu diesen Schritten zählt die Bankenunion, aber es wird noch weitere geben.

Was die Frage angeht, wer nicht Mitglied des Euro-Raums ist: zumindest bis jetzt wurde die Bankenunion als ein offenes Gebilde dargestellt, um allen Ländern, die daran teilnehmen möchten, dies zu ermöglichen. Es besteht übrigens ein reger Informationsaustausch zwischen unserem einheitlichen Bankenaufsichtsmechanismus und dem Direktorium sowie den Aufsichtsbehörden in den Ländern, die diesem System noch nicht angehören. Es ist ein offenes Konstrukt, das nicht exklusiv sein soll.

1-013

Derk Jan Eppink (ECR). – Herr Draghi, im Jahre 2012 äußerten Sie sinngemäß die Worte „mit allen Mitteln“, womit Sie sofort zu einer Art James Bond der Bankenwelt avancierten. Immerhin haben Sie die Lizenz zum Gelddrucken.

Das Programm „Outright Monetary Transactions“ (OMT) führte zu einer vorübergehenden Beruhigung auf den Finanzmärkten, doch dann kreuzte das deutsche Bundesverfassungsgericht Ihren Weg. Es befand das OMT-Programm für illegal und mit dem deutschen Recht unvereinbar. Da seine Zuständigkeit sich jedoch nur auf innerdeutsches Recht beschränkt, verwies es die Sache an den Gerichtshof in Luxemburg. Ich bin überzeugt, dass eine ganze Busladung von Klägern unter Anführung des deutschen Abgeordneten Gauweiler, einem Parteifreund von Herrn Ferber, jetzt nach Karlsruhe eilen wird, um gegen die Beteiligung der Bundesbank am OMT-Programm zu protestieren.

Also lautet meine Frage: wie unbegrenzt ist Ihre Lizenz zum Gelddrucken? Lässt die Stellungnahme des Bundesverfassungsgerichts nicht erkennen, dass die Einstellung „mit allen Mitteln“ über die Bedingungen für Ihre Lizenz hinausgeht?

1-014

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank. – Unserer Ansicht nach fällt das OMT-Programm direkt unter unser Mandat, es ist absolut legal und die EZB unterliegt der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs. Was das Handeln oder Nichthandeln der Bundesbank betrifft, so sollten Sie sie meiner Meinung nach selbst befragen, aber behalten Sie im Blick, dass eine Risikostreuung – und darum ging es während der Anhörungen in Karlsruhe – für alle funktioniert, ob sie sich nun beteiligen oder nicht.

1-015

Der Präsident. – Ich denke, dass die Antwort lautet, dass sie die Waffe besitzt, sie aber nicht zwangsläufig abfeuern muss.

1-016

Sven Giegold (Verts/ALE). – Präsident Draghi, meine Frage bezieht sich auf die Inflationserwartungen, die wir momentan auf den Märkten erleben. Ich erinnere mich,

dass Sie – aber auch Ihre Vorgänger – sehr stolz darauf waren, dass trotz der Hochs und Tiefs in der jüngeren Geschichte die Inflation langfristig knapp unter, jedoch nahe an der Zwei-Prozent-Marke lag. Jetzt fluktuieren die Märkte bei Zehnjahres-Inflationsswaps irgendwo zwischen 1,5 und ca. 1,7, doch gewiss nicht in der Nähe der Zwei-Prozent-Marke.

Daher würde ich gern wissen, welche Folgen dies aus Ihrer Sicht auf die Inflationsziele oder die Währungspolitik der EZB hat. Können Sie bitte ausführlich darlegen, welche Auswirkungen die Tatsache hat, dass Sie nicht mehr ganz so stolz wie früher sein können, da Sie Ihre eigenen Ziele etwas verfehlt haben?

1-017

Mario Draghi, *Präsident der Europäischen Zentralbank*. – Was den Stolz betrifft, so denke ich nicht, dass wir jemals stolz auf etwas sein sollten, das das Ergebnis gemeinsamer Anstrengungen vieler Millionen Einzelner ist. Allerdings können wir mit einer gewissen Befriedigung feststellen, dass wir im Großen und Ganzen behaupten dürfen, dass die EZB dieses Ziel in den vergangenen 15 Jahren erreicht hat.

Wenn Sie Vergleiche mit anderen Zentralbanken in der Welt anstellen, selbst für Zeiträume vor Bestehen der EZB, können Sie sehen, dass die EZB in der Tat eine zufriedenstellende Bilanz vorweisen kann; allerdings möchte ich um der Lesart willen nicht mit übermäßigem Stolz auf die Tatsache einer zufriedenstellenden Bilanz verweisen.

Zu den Inflationserwartungen: wir richten unsere mittel- bis langfristigen Inflationserwartungen nach wie vor auf einen Wert von 2 %. Was bedeutet das? Das derzeitige Inflationsniveau liegt weit unter 2 % – genauer gesagt, sehr weit davon entfernt – und wir gehen von einem Verharren bei dieser Marke über einen längeren Zeitraum hinweg aus, nicht nur kurzfristig.

So ist uns zunächst einmal bewusst, dass, je länger der Wert auf dem derzeitigen Stand verharrt, desto höher ist das Risiko, dass in absehbarer Zeit keine Rückkehr zu den 2 % erfolgen wird, bzw. desto länger wird die Gefahr anhalten, dass Inflationserwartungen gewissermaßen „entankert“ werden, was wir nicht wollen.

Wenn wir zweitens behaupten, dass sich die Inflation irgendwann auf 2 % zubewegt, selbst wenn dies erst nach relativ langer Zeit geschieht, müssen wir das wissen und die Gründe erklären können. Welche Faktoren könnten die Inflation zurück auf 2 % treiben? Hier müssen wir die Quellen und Gründe für diese niedrigen Inflationsraten anschauen und untersuchen.

Zunächst einmal sind die niedrigen Energie- und Nahrungsmittelpreise zum Großteil auf globale Faktoren zurückzuführen. Vergleicht man unsere Inflationsrate mit jener in den Vereinigten Staaten, so ist erkennbar, dass die Rate in den Vereinigten Staaten trotz der dort deutlich weiter vorangeschrittenen Markterholung nicht viel höher liegt. Wenn wir zudem einen Blick

zurückwerfen und uns die Inflationsrate nach der Asienkrise Ende der 1990er-Jahre sowie nach der Lehman-Krise im Jahr 2009 anschauen, so befinden wir uns mehr oder weniger auf demselben Niveau, daher ist dies nicht außergewöhnlich.

Wir sollten jedoch auch einen weiteren Faktor beachten. Vernachlässigt man die Komponenten Nahrungsmittel und Energie und betrachtet man lediglich die Kerninflation, so ist erkennbar, dass die in den vier Programmländern vorgenommenen Anpassungen in Bezug auf die Inflationsentwicklung dort einen großen Teil zur Abwärtsdrift der Kerninflation – nicht ausschließlich, aber doch zum größten Teil – beigetragen haben.

Wir betrachten dies zum Teil – nicht vollständig, aber zum Teil, bzw. sogar zum größten Teil – als Ergebnis einer relativen Preisanpassung. Wenn dem so ist, dann wissen wir, dass es sich hier um einen endgültigen Faktor handelt. Diese relative Preisanpassung findet statt, und danach wird die Inflation sich wieder nach oben bewegen.

Allerdings sollten wir auch – und hier liefere ich Ihnen unsere Analyse in ihrer vollen Komplexität – die Kehrseite des Geschehens betrachten. Es ist nicht nur eine Frage des Angebots, sondern auch der Nachfrage. Wir sehen, dass durch die hohe Arbeitslosigkeit die Nachfrage zumindest noch eine gewisse Zeit auf einem niedrigen Stand verbleiben wird. Daher sollten wir auch diesen Faktor berücksichtigen und verstehen, dass ein Rückgang der Arbeitslosigkeit und die anhaltende Erholung von den Exportsektoren bis hin zu den Binnensektoren ebenfalls von entscheidender Bedeutung sind.

Ich darf an dieser Stelle meine Ausführungen zur Inflation noch um einen Punkt ergänzen. Die relative Preisanpassung findet vor allem in jenen Sektoren statt, die im internationalen Wettbewerb bestehen müssen, nämlich den Exportsektoren.

Dies hat zur Folge, dass die übrigen Wirtschaftszweige sich ebenfalls anpassen müssen, da es sonst zu einer niedrigeren Inflation und höheren Reallöhnen im geschützten Sektor kommt, und je länger diese Situation andauert, desto schwieriger gestaltet sich die allgemeine Anpassung der Wirtschaft. Aus diesem Grunde ist eine Anpassung nötig, und wir werden jederzeit auf strukturelle Reformen bestehen, da dies die Sektoren sind, in denen den Strukturreformen die wichtigste Rolle zukommt – die Sektoren, die vor dem Wettbewerb geschützt werden.

1-018

Marisa Matias (GUE/NGL). – Vielen Dank, Herr Draghi, dass Sie heute hier sind. Ich möchte eine Frage aufbringen, die von den anderen Kollegen noch nicht angesprochen wurde und die mit dem Problem der Überschussliquidität zu tun hat. Wir wissen, dass es ein endogenes Problem ist und dass es sich nicht einfach durch die Senkung der Zinssätze lösen lässt.

In den vergangenen Tagen sind Nachrichten darüber bekannt geworden, welche zukünftigen Maßnahmen die Europäische Zentralbank diesbezüglich vorsieht, und eine der Maßnahmen, die vorgeschlagen wurden, besteht darin, die Rekapitalisierung der Banken an Auflagen zu binden, d. h. auch den Banken Bedingungen aufzuerlegen, damit sie der Realwirtschaft Geld zukommen lassen.

Ich möchte Sie zunächst fragen, ob es wahr ist, dass dies eine der Maßnahmen ist, die vorangebracht werden. Falls ja, so möchte ich feststellen, dass ich vollkommen zustimme. Ich bedaure, dass sie erst sechs Jahre nach dem Beginn der Finanzkrise kommt, in der wir uns befinden, und ich bedaure wirklich sehr, dass dies so ist, denn ich halte es für eine Schande, dass sie erst sechs Jahre nach dem Beginn der Krise kommt. Aber besser spät als nie! Und wenn sie vorangebracht wird, wie wird dann diese Auflagegebundenheit umgesetzt – geschieht dies zum Beispiel über eine Ausweitung der Kreditvergabe an kleine und mittlere Unternehmen oder auf welchem Wege sonst? Denn sie kann entweder zur Verbesserung der Wirtschaft beitragen oder aber zur Verstärkung der Rezession, was offensichtlich kein wünschenswerter Effekt ist.

1-019

Mario Draghi, *Präsident der Europäischen Zentralbank*. – Ich kann Ihnen sicherlich zustimmen, dass wir einen Weg finden müssen, bei dem die Veränderungen in unserer Geldpolitik und den Zinssätzen an die Realwirtschaft weitergegeben werden müssen. Ich darf sagen, dass wir seit Juli 2012, als James Bond tatsächlich sagte, was er sagte, beträchtliche Fortschritte erzielt haben. Das ist der Fall!

Auf der Passivseite: die Zersplitterung bei den Banken ist im Wesentlichen zu Ende. Wenn wir die Einlagenbasis für Banken betrachten, so befinden wir uns jetzt auf dem gleichen Niveau wie im Jahr 2007, daher ist die Zersplitterung der Bankenfinanzierung aus Einlagenfinanzierungen im Wesentlichen vorbei. Im Anleihenmarkt sind bedeutende Verbesserungen zu verzeichnen: die Emission von Bankschuldverschreibungen schreitet ebenfalls voran.

Auf der Aktivseite sind die Fortschritte zugegebenermaßen erheblich langsamer. Allmählich beginnen sich einige Fortschritte abzuzeichnen. Unseren Beobachtungen nach sind die Kreditströme weiterhin rückläufig, wobei sich das Abwärtstempo verlangsamt hat. Der Umfrage zur Kreditvergabe der Banken lassen sich ebenfalls Fortschritte in diesem Bereich entnehmen. Diese sind nach wie vor begrenzt, aber der wichtigste und alles entscheidende Punkt ist hier, dass für eine ernstzunehmende Verbesserung in der Kreditvergabe zwei Dinge erforderlich sind.

Auf der Angebotsseite muss die Risikowahrnehmung der Banken sinken. Bislang waren die Länder, in denen die Kreditklemme am größten war, auch die Länder mit der stärksten Rezession, weshalb die Kreditvergabe riskant geworden war – viel riskanter als unter normalen

Bedingungen. Das ist einer der zentralen Faktoren auf der Angebotsseite.

Dann gibt es noch die Nachfrageseite. Damit sich die Kreditströme verstärken, braucht es KMU, die tatsächlich Kredite beantragen, welches sie nur dann tun, wenn sie Kunden haben, an die sie verkaufen können. In einer der KMU-Erhebungen, die meines Wissens von der Kommission vor etwa acht oder neun Monaten durchgeführt wurde, wurden die KMU nach dem Hauptgrund für die Schwierigkeiten in ihrer Handelstätigkeit gefragt. Die Antwort lautete, wir haben erstens keine Kunden und wir haben zweitens keine Kredite. Dies wurde also an zweiter Stelle genannt.

Was die Banken betrifft, so ist nachvollziehbar, dass es sich für eine Bank schwierig gestalten kann, einem Unternehmen einen Kredit zu geben, das keine Kunden vorweisen kann. Glücklicherweise hat sich die Lage hier stark verbessert. Den Umfragen lassen sich zunehmend positivere Anzeichen entnehmen. Ebenso ist in den Daten zu Kredit- und M3-Daten und in bescheidenem Ausmaß eine leichte Verbesserung zu erkennen.

Sie haben weitere Kredite der EZB an die Banken für die Kreditversorgung der Realwirtschaft erwähnt. Ich denke, Sie meinten ein Kreditwesenförderungsprogramm, wie es bereits in einem anderen Land durchgeführt wurde. Dazu ist zu sagen, dass dies sicherlich eines der Instrumente ist, das wir in unserer „Artillerie“ bzw. in unserem Katalog haben, und wir überlegen und erwägen nach wie vor seinen eventuellen Einsatz.

1-020

Sampo Terho (EFD). -- Vielen Dank Herr Draghi, dass Sie sich hier noch einmal zu unseren Fragen äußern. Ich möchte an das Thema anknüpfen, das bereits die zwei vorherigen Fragesteller angesprochen haben, nur aus einem etwas unterschiedlichen Blickwinkel.

Wie Sie angesprochen haben, besteht die Hauptaufgabe der EZB in der Gewährleistung der Preisstabilität, was der EZB zweifellos gut gelungen ist, einige meinen zu gut. Beispielsweise ist momentan die Situation von Finnland, meinem Heimatland, und Schweden recht ungewöhnlich, viele sind der Meinung, dass Finnland aufgrund des starken Euros beispielsweise gerade im Vergleich zu Schweden ein Wettbewerbsnachteil entstanden ist.

Die Angelegenheit bezieht sich natürlich nicht nur auf das Verhältnis zwischen zwei skandinavischen Ländern. Die Währungsunion und viele Mitgliedstaaten verzeichnen international eine schwache Wettbewerbsfähigkeit, und viele klagen über einen zu starken Euro.

Ich möchte also an die auch von den Grünen vorgebrachte Frage anknüpfen. Teilen Sie diese Sorge und sollte der Eurowert Ihrer Meinung nach gesenkt werden und welche Hindernisse liegen hierfür momentan vor? Wo liegt das Risiko, dass nicht einmal

eine Inflationsrate von zwei Prozent aktiver angestrebt wird?

1-021

Mario Draghi, *Präsident der Europäischen Zentralbank*. – Der Wechselkurs ist nicht unser politisches Ziel. Unser politisches Ziel heißt Preisstabilität: so lautet unser Auftrag. Der Wechselkurs ist freilich wichtig – in erster Linie in Bezug auf die Preisstabilität, denn wenn wir über Preisstabilität reden, meinen wir Preisstabilität in beiden Richtungen. Immer wenn wir von den 2 % entfernt sind oder uns nahe, aber unter 2 % bewegen, stehen wir vor dem Problem, Preisstabilität zu erreichen. Der Zinssatz ist also für Preisstabilität und Wachstum von Belang. Er ist zweifellos ein wichtiger Aspekt bei der Bewertung unserer Festlegung der Geldpolitik im Hinblick auf die mittelfristige Preisentwicklung.

1-022

Sampo Terho (EFD). -- Liegen tatsächlich Hindernisse vor, schneller als mittelfristig das Inflationsziel von zwei Prozent anzustreben?

1-023

Mario Draghi, *Präsident der Europäischen Zentralbank*. – Unsere Geldpolitik ist derzeit äußerst expansiv, und dies schon seit längerem. Wie ich bereits in meiner Eingangsbemerkung sagte, haben wir in den vergangenen zweieinhalb Jahren eine ganz beträchtliche Anzahl geldpolitischer Maßnahmen verabschiedet, die alle in die Richtung zielten, die Geldpolitik zunehmend expansiv zu gestalten und reaktionsfähiger auf die wirtschaftlichen Entwicklungen zu machen.

Die Inflation bewegt sich derzeit unterhalb von 2 %, und ich habe soeben die Gründe dafür ausgeführt sowie unsere Prognose geäußert, dass sie mittelfristig ansteigen und sich den Erwartungen annähern wird, die mittel- bis langfristig fest von 2 % ausgehen.

1-024

Pablo Zalba Bidegain (PPE). – Herr Präsident! Läge die Inflationsrate heute bei 3 % und gäbe es ein solides Wirtschafts- und ein kräftiges Kreditwachstum, dann wäre ich sicher, dass Sie handeln würden, und dieses Haus würde dies sicherlich sehr begrüßen. Heute stellt sich die Lage aber ganz anders dar. Das Wirtschaftswachstum ist schwach, das Kreditvolumen sinkt – um 2 % – und die Inflationsrate wird sich nach Einschätzung des IWF bis 2018 bei 1,5 % halten.

Ich möchte Ihnen gerne drei Fragen stellen.

Erste Frage: Glauben Sie, dass diese Prognose des Internationalen Währungsfonds zutrifft? Und wenn ja, glauben Sie, dass er seine Pflichten nicht erfüllt?

Zweite Frage: Welches negative bzw. nicht positive Element ist neben dem Rückgang des Kreditvolumens, der niedrigen Inflationsrate und dem instabilen Wachstum aus wirtschaftlicher Sicht eigentlich noch nötig, um den Rat der EZB und ihren Präsidenten davon zu überzeugen, dass sie unkonventionelle Maßnahmen ergreifen müssen, um die Ziele der Europäischen Zentralbank zu erreichen?

Und die dritte Frage: Herr Weidmann hat erklärt, dass er es sich gut vorstellen könnte, Anleihenkäufe nicht mehr zu neutralisieren. Glauben Sie, dass das ausreicht oder müsste noch mehr getan werden?

1-025

Mario Draghi, *Präsident der Europäischen Zentralbank*. – Leider fallen Ihre Fragen unter das Schweigegebot, mich in der Vorwahlzeit, der Purdah, zur Geldpolitik zu äußern, aber ich kann Ihnen allgemein versichern, dass all die Instrumente, auch die von Ihnen genannten, sich in unserem Katalog befinden.

Das Wichtigste ist, diese Instrumente wirklich als Reaktionen auf unterschiedliche Ereignisse zu erwägen. Mit anderen Worten, es ist nicht der Fall, dass Instrumente einen perfekten Ersatz darstellen, und dass es egal ist, welches Instrument zum Einsatz kommt. Ihr Einsatz wäre von den Gegebenheiten der jeweiligen wirtschaftlichen und finanziellen Situation abhängig.

An dieser Stelle kann ich nicht über diese allgemeinen Bemerkungen hinausgehen, da dies Auswirkungen auf unsere Sitzung zu geldpolitischen Themen am Donnerstag hätte.

1-026

Pablo Zalba Bidegain (PPE). – Und halten Sie die Prognose des IWF zur Inflationsrate, die nach seiner Einschätzung bis 2018 bei 1,5 % liegen wird, für zutreffend?

1-027

Mario Draghi, *Präsident der Europäischen Zentralbank*. – Die Mitarbeiter der EZB werden ihre Prognosen anlässlich unserer Sitzung zur Geldpolitik am Donnerstag veröffentlichen. Zum ersten Mal werden EZB-Mitarbeiter dabei Vorhersagen bis einschließlich 2016 veröffentlichen. Daher werde ich am Donnerstag in der Lage sein, auf diese Frage eine Antwort zu geben.

1-028

Vorsitzende. – Für Sie mag die Purdah ja gelten, allerdings nicht für uns. Wir drängen auf Antworten, wie Sie vielleicht erkannt haben. Die niedrige Inflationsrate bereitet vielen von uns Sorgen. 1-029

Markus Ferber (PPE). – Herr Präsident! Wir haben ja jetzt einen sehr positiven Effekt. Im Gegensatz zu dem, was Herr Eppink gesagt hat, sind ja die Zinsen für die Staatsanleihen gerade im südeuropäischen Bereich wieder auf das Niveau gesunken, wie es vor dem Ausbruch der Finanzkrise war. In diesem Zusammenhang die Frage: Wie gedenkt die Europäische Zentralbank, ihre Bilanz weiterzuentwickeln? Werden weitere Papiere aus dem Portfolio der EZB abgebaut, oder haben Sie jetzt eine Ebene erreicht, wo Sie sagen, das darf auch in den Büchern stehen bleiben?

Die zweite Frage: In Ihrer Funktion als Aufsicht von Banken sind Sie ja gerade dabei, intensiv einen Stresstest vorzubereiten. Dabei höre ich, dass bestimmte Banken nach ihren Bilanzen und andere Banken nach ihren Bilanzperspektiven bewertet werden sollen. Mir stellt sich da einfach die Frage, ob dies dann ein vernünftiges Ergebnis erzielt, wenn hier unterschieden

wird nach Banken, die nach abgeschlossenen Bilanzen geprüft werden, und Banken, die nach Bilanzperspektiven für die Zukunft geprüft werden.

1-030

Mario Draghi, *Präsident der Europäischen Zentralbank*. – Nun zur zweiten Frage. Alle Banken werden auf die gleiche Weise betrachtet werden. Es wird also eine Prüfung der Aktiva-Qualität geben, die im Wesentlichen in Momentaufnahmen zur Bilanzqualität aller Banken besteht, die immer in genau gleicher Weise erfolgen, ohne dass einige von ihnen vorausschauender Natur wären.

Das habe ich von Anfang an gesagt – als Mittel zur Qualitätskontrolle ist diese Prüfung nur zweckdienlich, wenn sie transparent ist und gründlich. Denn ihr Zweck besteht ja darin, die Bilanzen unseres Bankensystems im Euro-Raum glaubwürdig abzubilden, damit der Privatsektor einen Nutzen darin sieht, in den Bankensektor zu investieren.

Der Privatsektor zögert zu Recht bei Investitionen in Dinge, die er nicht kennt, und genau deshalb ist die Prüfung der Aktiva-Qualität so wichtig. Aber sie ist nur dann wichtig und nur dann effektiv, wenn sie transparent und bei allen Banken im Euro-Raum einheitlich durchgeführt wird.

Wenn ich sage „alle Banken“, dann meine ich die Banken, die von der EZB direkt überwacht werden, aber die kleinen Banken unterliegen ebenfalls den gleichen Aufsichtsregelungen. Der Unterschied bei der Überwachung von großen und kleinen Banken liegt in der Intensität, mit der die zuständigen nationalen Stellen in diese Aufsichtstätigkeit eingebunden werden.

Für die 128 bis 130 größten Banken wird diese Prüfung der Dreh- und Angelpunkt sein – unter Beteiligung ihrer zuständigen nationalen Behörden und unabhängiger Parteien; die Inspektionsteams werden aus Vertretern der unterschiedlichen Aufsichtszuständigkeitsbereiche im Euro-Raum zusammengestellt, damit ein Höchstmaß an Unabhängigkeit und Transparenz sichergestellt wird.

Die Beteiligung der zuständigen nationalen Behörden wird bei den kleinen Banken natürlich größer sein, aber die EZB – als Mittelpunkt, als oberste Aufsichtsbehörde – hat das Recht, jede Frage zu stellen, jede Information zu erhalten und gegebenenfalls selbst einzugreifen. Was die Prüfung der Aktiva-Qualität angeht, werden für alle Banken die gleichen Bedingungen gelten.

Könnten Sie die erste Frage bitte wiederholen? Ich habe sie nicht genau verstanden.

1-031

Markus Ferber (PPE). – Um es ganz kurz zu machen: Ist die EZB bereit, weiter Bilanzvolumen abzubauen, das heißt insbesondere wieder Staatsanleihen auf die Märkte zu bringen, nachdem sich das Zinsniveau ja in der Eurozone doch deutlich nach unten und auf ein relativ nahes Niveau angenähert hat?

1-032

Mario Draghi, *Präsident der Europäischen Zentralbank*. – Hier gibt es zwei Fälle. Der erste ist ein echter Fall und betrifft die Bestände im Rahmen des Programms für die Wertpapiermärkte (SMP), d. h. die mit Beginn des SMP gekauften Schuldverschreibungen. In diesem Fall lautete die Zusage – im Jahr 2010, wenn ich mich recht erinnere –, dass die Schuldverschreibungen bis zur Fälligkeit gehalten würden. Der Wert der Anleihen sinkt während der Laufzeit, daher verringert sich bis zu ihrer Fälligkeit automatisch auch der Umfang des Programms. Anders ausgedrückt werden die Schuldverschreibungen nicht ersetzt.

Der andere Fall, der hypothetischer Natur und noch nie eingetreten ist, ist der Kauf von Schuldverschreibungen im Rahmen des Programms für den unbegrenzten Ankauf von Staatsanleihen (OMT – Outright Monetary Transactions Programme). In diesem Fall würden sie angekauft und wieder verkauft, sodass sich keine Verpflichtung daraus ergeben würde.

1-033

Liem Hoang Ngoc (S&D). – Meine Fragen betreffen die Tätigkeit der Troika. In Ihrem Vortrag haben Sie die Tätigkeit der Europäischen Zentralbank während der letzten fünf Jahre auf verständliche Weise zusammengefasst und, wie Sie sagten, hat die EZB zu dem Zeitpunkt, als die Entscheidung zum OMT-Programm getroffen wurde, den Spekulationsdruck im Zusammenhang mit den Staatsschulden erfolgreich gemeistert.

Meine erste Frage lautet: Glauben Sie, dass die EZB im Falle einer früheren Aktivierung des OMT-Programmes den Übertragungseffekt der Krise in Griechenland beispielsweise auf Zypern und Portugal hätte vermeiden können?

Zweitens haben Sie gesagt, die Lage habe sich gegenüber dem Jahr 2009 verbessert, aber wenn wir uns die makroökonomischen Zahlen anschauen, haben wir allen Grund, besorgt zu sein, denn das Verhältnis zwischen Schulden und BIP liegt in den vier betroffenen Ländern bei über 120 %. Nach Aussage des IWF ist ein Verhältnis von über 120 % nicht besonders tragfähig und speziell für Griechenland hat Christine Lagarde unverzügliche Umschuldungsmaßnahmen gefordert. Meine Frage lautet: Würde die EZB für den Fall, dass es in Griechenland einen Primärüberschuss gibt und entschieden wird, dass eine Umschuldung erforderlich ist, die Verluste des Landes übernehmen? Bei der ersten Umschuldung hat die EZB keine Verluste übernommen und wir wissen, dass derzeit 34 Mrd. EUR der griechischen Staatsschulden bei der EZB liegen. Durch die Übernahme der Verluste kann die EZB einen Abschlag für die Banken und die Bevölkerung Griechenlands vermeiden und eine solche Währungsvereinbarung kann daher zum heutigen Zeitpunkt – wo kein Inflationsdruck und keine Inflationserwartungen bestehen – sinnvoll sein. Wie denken Sie darüber?

1-034

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank. – Lassen Sie mich zunächst auf die erste Frage eingehen. Die allgemeine Antwort darauf lautet, dass wir es sicherlich besser hätten machen können. Das trifft immer zu. Aber gewissermaßen gibt es darauf noch eine tiefer gehende Antwort.

Wenn wir uns fragen, welche Faktoren die Glaubwürdigkeit des Euro und das weltweite Vertrauen in ihn wiederhergestellt haben, müssten wir uns auf drei Sachverhalte konzentrieren.

Der erste Aspekt betrifft die Bemühungen vieler Länder und insbesondere der Problemländer, ihre wirtschaftspolitischen Strategien zum Guten zu verändern. Die wirklich intensiven Reformbemühungen fanden in vielen Ländern vor Juli 2012 statt und wurden in einigen Fällen auch danach fortgesetzt.

Der zweite Faktor, der immer wieder gern vergessen wird, betrifft den EU-Gipfel vom Juni 2012, auf dem die Bankenunion letztlich ins Leben gerufen wurde. Und der dritte Faktor war dann der Start des OMT-Programms. Wie Sie sehen, standen diese drei Faktoren also in gewisser Weise in einer Wechselbeziehung bei der Erfüllung ihrer sehr wirksamen und erfolgreichen Rolle bei der Wiederherstellung des Vertrauens in den Euro.

In Ihrer zweiten Frage beziehen Sie sich auf die aktuelle Lage. Ich habe gesagt, die Lage habe sich verbessert, aber nicht, dass sie gut sei. Sie ist zwar besser als vorher, aber sicherlich nicht als gut zu bezeichnen. Die Arbeitslosenquote liegt derzeit bei 12 %, wobei es übrigens im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit einige zaghafte Anzeichen für eine positive Entwicklung gibt, da sich die Zahlen schon seit einigen Monaten stabilisieren und sie in einigen Problemländern sogar sinken. Portugal, wo ein Rückgang der Arbeitslosigkeit um zwei Prozentpunkte stattgefunden hat, ist ein hervorragendes Beispiel. Zudem geht auch die Beschäftigung nicht weiter zurück.

Es gibt also ein paar positive Anzeichen, aber wir sollten uns dennoch fragen, warum die Arbeitslosigkeit in einigen Ländern so stark angestiegen ist und in anderen viel weniger. Wir vermuten, dass ein großer Teil dieser 12 % tatsächlich auf strukturelle Arbeitslosigkeit zurückzuführen ist, was bedeutet, dass für einen sehr starken Rückgang der Arbeitslosigkeit nicht nur eine Belebung der Wirtschaftstätigkeit erforderlich ist, sondern in zahlreichen Mitgliedstaaten des Euro-Raums auch ernsthafte Strukturreformen durchgeführt werden müssen.

Was schließlich die Frage angeht, ob die EZB Schulden übernehmen wird oder nicht, halte ich es für zu früh, über einen Schuldenerlass nachzudenken. Allerdings sollten wir eine Sache nicht vergessen, die nach wie vor Gültigkeit hat, nämlich dass monetäre Finanzierung keine Option darstellt. Artikel 123 untersagt monetäre Finanzierung jeglicher Art. Es ist zu früh, um über einen Schuldenerlass nachzudenken. Zum jetzigen Zeitpunkt würde ich in Bezug auf Griechenland und andere Länder – aber Griechenland insbesondere – sagen, dass die

vollständige Umsetzung des Programms im Mittelpunkt stehen sollte.

1-035

Die Vorsitzende. – Ich glaube, es wurde bereits eine Frage zum Unterschied zwischen direkter und indirekter monetärer Finanzierung gestellt. Vielleicht zielte die Frage von Liem Hoang Ngoc darauf ab.

1-036

Gay Mitchell (PPE). – Ich würde gern zwei kurze Fragen stellen. Die eine betrifft die Umfrage zum Kreditgeschäft und KMU. Sie haben Instrumente in Ihrem „Katalog“ oder Ihrem „Arsenal“ erwähnt – ich erinnere mich nicht, welchen Begriff Sie verwendet haben – und ich spreche mich dafür aus, dass die Organe der Union daran mitwirken, die Automatismen bei Banken für Bereiche zu beenden, die noch auf „Automatik“ gestellt sind – und Banken und Finanzinstitutionen „auf Automatik“ beim Kauf und Handel mit Dingen, von denen sie nichts verstehen, sind manchmal ein Teil des Problems – auf jeden Fall in meinem Land, wo es meiner Ansicht nach keinen einzigen Banker der alten Schule mehr gibt.

Dies ist ein wirklich wichtiger Punkt. Zwei Menschen können in eine Bank gehen, etwa im gleichen Alter sein, beide Eigentum besitzen und etwa die gleichen Einkünfte haben. Doch vielleicht verbringt der eine seine Tage zwischen Wettbüro und Kneipe, während der andere überaus fleißig ist, aber die Sache geht vor den Ausschuss und der setzt seine Häkchen. Können wir nicht wieder Bankmitarbeiter haben, die bei ihren Entscheidungen charakterliche Eigenschaften, die Erfahrungsgeschichte und Geschäftsmodelle berücksichtigen? Können Sie sich dafür einsetzen, dass dieser Aspekt in die Umfrage zum Kreditgeschäft aufgenommen wird, und sich bei all Ihren Verbindungen zu den Banken dahingehend äußern? Es ist ganz bestimmt an der Zeit dafür.

Die zweite Frage möchte ich nur ganz kurz stellen. Ich habe Ihren Vorgänger Jahr für Jahr zur Inflation der Vermögenswerte, also der Immobilienpreise, befragt, insbesondere in dem Land, das ich am besten kenne – meinem eigenen. Ich sehe in Dublin – nicht in den anderen Teilen des Landes, aber in Dublin – neue Anzeichen für eine Inflation der Immobilienpreise. Stehen Ihnen jetzt die erforderlichen Instrumente zur Verfügung, um damit umzugehen? Können wir das abwenden? Oder wird es wieder zum Problem werden?

1-037

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank. – Lassen Sie mich die zweite Frage zuerst beantworten. Es gibt Anzeichen für ein Ansteigen der Immobilienpreise in einigen Teilen des Euro-Raums und wir beobachten diese Entwicklungen aufmerksam. Diesmal zeichnen sich jedoch Aspekte ab, durch die sich die jetzige Situation vom letzten Mal unterscheidet. Ein großer Unterschied besteht darin, dass die Kreditflüsse sehr gedämpft sind. Damals, als wir den massiven Preisanstieg erlebten, waren die Kreditflüsse, gelinde ausgedrückt, unbesonnen und überschwänglich.

Es ist daher zu früh, um von einer Immobilienblase zu sprechen, aber wir beobachten diese Entwicklung auf jeden Fall sehr genau. Was unternimmt man nun dagegen? Eine Änderung der Währungspolitik ist sicherlich nicht die richtige Antwort, denn die Währungspolitik ist auf Preisstabilität im gesamten Euro-Raum ausgerichtet. Die Antwort besteht vielmehr in einem Instrument, mit dem sich lokale Blasen gegebenenfalls auflösen lassen.

Auf lokale Blasen muss mittels lokaler Instrumente reagiert werden, konkret Mechanismen der Makroaufsicht. Deswegen sind Weiterentwicklungen bei der Gestaltung von Instrumenten der Makroaufsicht so wichtig, weil sie wesentlich zur Wahrung der Finanzstabilität im Euro-Raum beitragen und die Währungspolitik davon entbinden, Ziele zu verfolgen, die nicht in ihren Aufgabenbereich fallen.

Die andere Frage betrifft das Verhalten von Bankern. Sie haben völlig recht damit, dass die Kreditvergabe in gewisser Weise zu einem, wie es in der Branche heißt, standardisierten Geschäftszweig geworden ist, wo, wie Sie sagten, die Menschen eher auf Autopilot schalten, statt Entscheidungen nach bestem Wissen zu treffen, wie es ein guter Bankmitarbeiter vor noch nicht allzu langer Zeit getan hätte.

Diese Entwicklung bleibt für den Bankensektor nicht ohne Folgen. Es bedeutet im Wesentlichen, dass sich die Kreditanalyse sehr viel weniger am jeweiligen Kunden, sondern vielmehr am Prozess als solchem orientiert, mit dem möglichen Ergebnis, dass in einigen Fällen ein Kredit vergeben wird, der besser nicht gewährt worden wäre, oder die Vergabe eines Kredits abgelehnt wird, der hätte gewährt werden sollen. Dies hat Auswirkungen mindestens auf die Ertragslage von Banken, wenn nicht sogar auf die Risikopositionen in ihrem Kreditbestand.

Es gibt viele Gründe dafür, dass Banken sich so verhalten, aber ich glaube auch, dass die meisten Banker inzwischen hinzugelernt haben. Diese Entwicklung vollzog sich übrigens von den frühen 2000er-Jahren bis zum Jahr 2010, der Zeit nach der Krise. In diesen zehn Jahren hat sich das Verhalten der Banken wirklich geändert. Es hat ein Umdenken im Bankensektor stattgefunden. Durch die aufregenden Bedingungen vor der Krise wurde ein Teil dieses kreditgesteuerten Prozesses noch erleichtert. Jetzt entsteht der Eindruck, dass wirklich darüber nachgedacht wird, wie es weitergehen soll und wie die Kreditvergabe weniger prozessorientiert erfolgen kann.

Im Übrigen gibt es einige Wirtschaftszweige, deren Tätigkeit von Natur aus prozessorientiert ist. Für das Hypothekengeschäft beispielsweise besteht in jedem Land durchweg ein System einheitlicher Vorgaben. Aber Kredite an KMU, gewerbliche Kredite und andere Kreditformen können wohl kaum per Autopilot vergeben werden.

Leonardo Domenici (S&D). – Herr Präsident, zu Ihrem letzten Auftritt in dieser Legislaturperiode möchte ich Ihnen eine allgemeine Frage stellen. Sehen Sie, ich glaube, dass die Zentralbank in gewisser Weise über ihren Aufgabenbereich hinausgegangen ist; ich will damit nicht provozieren, ich möchte nicht sagen, dass Sie die Verträge verletzt hätten, und ich glaube auch nicht, dass Sie James Bond sind. Ich glaube, dass die Zentralbank im Grunde auch die Arbeit von anderen gemacht hat. Sie hat vielleicht als einzige Institution, mit Sicherheit aber mehr als alle anderen die Integrität des Euro-Währungsgebiets kohärent und entschlossen verteidigt und so das Projekt der Europäischen Union am Leben erhalten, das sonst zerstört worden wäre.

Nun haben Sie und andere Vertreter der Zentralbank oft gesagt, dass die Methode an Grenzen stößt und dass die Politik einschreiten muss. Daher ist die Frage ganz einfach: Welche Botschaft sähe der Unionsbürger Mario Draghi, der an die europäischen Institutionen glaubt, gerne aus diesem Europawahlkampf hervorgehen? Ich spreche dabei nicht von Programmen, *policies*, institutionellen Gerüsten oder von Strukturformen auf nationaler Ebene, sondern von der gemeinsamen Kultur, dem Wiederaufbau einer *Koine*. Wie kann man einem Vorhaben, an dessen Ende die von Ihnen beschriebene „*more perfect Union*“ stehen soll, wieder Schwung, Kraft und Elan verleihen?

1-039

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank. – Das ist keine einfache Frage für einen einfachen Zentralbanker und Bürokraten, aber ich werde versuchen, aus meinem eingeschränkten Blickwinkel eine Antwort zu geben.

Der Euro-Raum, oder vielmehr die Union, muss wieder eine Insel des Wohlstands, der Entstehung von Beschäftigung werden, ein Ort auf der Welt, an dem Wachstum stattfindet, wo die Menschen gern sind und wo die Jugend Hoffnung hat. Ich werde lieber nicht darüber spekulieren, welche Art des grundsätzlichen politischen Wandels sich vollziehen müsste, um dies zu erreichen, da es nicht in meinem Ermessensbereich liegt, hier etwas Interessantes beizutragen. Doch ganz sicher gibt es offene Fragen, wie etwa Strukturformen, die Stabilität politischer Systeme, ein gemeinsamer Wille zu Wachstum – und zwar Wachstum, dem keine Schulden zugrunde liegen. Denn wenn es eine Erkenntnis gibt, eine Lektion, die ganz besonders die Union und der Euro-Raum gelernt haben, dann ist es die Erkenntnis, dass endlose Neuverschuldung kein nachhaltiges Wachstum hervorbringt. Irgendwann kommt es zur Rezession und die ist, wie wir in den letzten Jahren gesehen haben, äußerst schmerzhaft, und zwar nicht nur wegen ihrer unmittelbaren Folgen, sondern auch, weil sie Hoffnungen zerstört, vor allem bei den jungen Menschen.

Ich würde es so ausdrücken: Die Botschaft muss der Wiederaufbau der Europäischen Union zu einer Insel des Wachstums, der Schaffung von Arbeitsplätzen, der Hoffnung und der Freiheit sein.

Astrid Lulling (PPE). – Frau Präsidentin, Herr Draghi! Ich möchte mich zunächst für meine Verspätung entschuldigen, aber ich hatte eine wichtige Sitzung in Luxemburg.

Herr Draghi, ich möchte Ihnen drei kurze Fragen stellen. Als ich an der Universität Volkswirtschaft studiert habe, habe ich gelernt, dass eine niedrige Inflationsrate gut ist. Aber das ist nun auch schon fast sechzig Jahre her, also bin ich da vielleicht nicht mehr auf dem neusten Stand. Trotzdem muss ich sagen, dass ich angesichts unserer globalen Indexbindung froh bin, dass die Inflationsrate in meinem Land, dem Großherzogtum Luxemburg, endlich unter 2 % liegt. Es wird sich bei uns sehr positiv auf unsere Wettbewerbsfähigkeit auswirken, wenn wir 2014 keine Indexbranche von 2,5 % zahlen müssen, die ja nicht nur den gesetzlichen Mindestlohn, sondern auch alle Gehälter bis zu den höchsten Gehaltsstufen – vor allem aber auch die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst, kurz gesagt also allgemein alle Gehälter – und bestimmte Preise betrifft.

Seit ihrer Schaffung haben wir von der Zentralbank – insbesondere von Ihren Vorgängern und im Speziellen von Herrn Trichet – jedoch immer nur gehört, dass wir diese globale Indexbindung abschaffen sollen. Aber finden Sie nicht auch, dass diese Indexbindung im Grunde für alle von Vorteil ist und dass man bei einer solch niedrigen Inflationsrate, nämlich unter 5 %, nicht von Deflation sprechen sollte?

Zu meiner zweiten Frage. Der Kurs der chinesischen Währung gegenüber dem Dollar und dem Euro ist glücklicherweise gestiegen; ich meine sogar, ich hätte gelesen, dass er in den letzten Jahren um mehr als 25 % gestiegen ist. In den letzten Tagen ist er jedoch gesunken. Können Sie uns erklären, warum? Glauben Sie, dass das so weitergeht und dass dieser Kursabfall von den chinesischen Währungsbehörden gewollt ist?

Und nun zu meiner letzten Frage. Sind Sie nach dem Rechtsgutachten des Rates zur Finanztransaktionssteuer nicht auch der Meinung, dass die Kommission ihren doch auf sehr wackeligen Füßen stehenden Vorschlag, diese Steuer über den Mechanismus der verstärkten Zusammenarbeit einzuführen, zurückziehen sollte – eine Steuer, die in ihrer derzeitigen Form dazu führen würde, dass eine Reihe von Finanzdienstleistungen und vor allem OGAW aus Europa verschwinden würden? Sie haben eben gesagt, dass es das Ziel ist, Wachstum und Beschäftigung in der Europäischen Union anzukurbeln. Ein solcher Vorschlag würde nun aber genau das Gegenteil bewirken.

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank. – Zur ersten Frage, was dem Aufschwung jetzt Impulse verleihen kann: In der Anfangsphase wurde der Aufschwung überwiegend durch den Export angetrieben. Inzwischen erfassen die Folgeerscheinungen allmählich die Binnennachfrage. Andere Impulse für den Aufschwung sind eine anpassungsfähige Währungspolitik und die Wiederkehr des Vertrauens. Dennoch würde ich Ihnen zustimmen,

dass ein weiterer Impuls für den Aufschwung darin besteht, dass die Kaufkraft der Gehälter, Löhne und Renten – und wir sollten nicht vergessen, dass der Anteil der Menschen im Rentenalter im Euro-Raum ziemlich hoch ist – durch eine geringe Inflation auf einem hohen Stand gehalten wird. Von daher gesehen wird das real verfügbare Einkommen dadurch, dass unsere Energie- und Nahrungsmittelpreise niedrig sind – oder zumindest dass die Inflation in diesen Bereichen geringer ist als in der Vergangenheit – sicherlich unterstützt. Die andere Seite der Medaille sind jedoch die hohe Arbeitslosenquote und das niedrige reale Einkommen der jungen Teile der Bevölkerung und/oder der Arbeitslosen allgemein. Das ist für den Aufschwung nicht förderlich.

Ihre zweite Frage betrifft den Renminbi: Ehrlich gesagt, ich weiß es nicht: Ich muss gestehen, dass ich keine Ahnung habe, warum der Renminbi gestiegen und dann wieder gesunken ist. Die chinesische Wirtschaft ist sehr kompliziert und sehr groß.

Was die dritte Frage zur Finanztransaktionssteuer angeht – hierzu möchte sich die EZB nicht äußern, da dieses Thema zu einhundert Prozent in die Zuständigkeit der Regierungen und politischen Organe fällt. Allerdings gibt es bei der Finanztransaktionssteuer bestimmte Aspekte, die uns bei der Gestaltung der Währungspolitik behindern könnten, und wir arbeiten gemeinsam mit der Kommission daran, entsprechende Änderungen an dem Vorschlag vorzunehmen.

Antolín Sánchez Presedo (S&D). – Vielen Dank für die Zusammenarbeit in diesen Jahren, Herr Präsident. Zweifellos haben Sie wichtige Initiativen auf den Weg gebracht und haben erreicht, dass Europa heute nicht vollkommen am Boden liegt. Wie Sie jedoch selbst schon gesagt haben, messen die Bürger die Europäische Union an ihrer Fähigkeit, Arbeitsplätze zu schaffen und für Wachstum zu sorgen. Und in dieser Hinsicht sind wir noch immer weit vom Optimum entfernt.

Es geht darum, dass es bei der Geldpolitik im Moment anscheinend noch erheblichen Spielraum gibt, und daher möchte ich gerne zwei Fragen stellen.

Die erste Frage bezieht sich auf die Übertragung der Geldpolitik: Sind Sie der Meinung, das noch etwas getan werden sollte, um eine bessere Übertragung der Geldpolitik auf kleine und mittlere Unternehmen zu ermöglichen, da es hier ja scheinbar noch Spielräume gibt?

Und die zweite Frage bezieht sich darauf, wie die Geldpolitik dazu beiträgt, die Ziele der Union zu erreichen. Die Präsidentin der US-Notenbank sprach bei ihrer Anhörung im Senat von einem Konzept, nämlich dem Konzept des *maximum sustainable employment*, also einer maximalen nachhaltigen Beschäftigung, die mit den Zielen der Geldpolitik vereinbar ist. Können Sie uns hier sagen, welches im Zusammenhang mit der Preisstabilität die maximale nachhaltige, mit den Zielen der Geldpolitik vereinbare Beschäftigung ist? Wird man Beschäftigungsziele festlegen?

1-043

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank. – Ich kann mich zu diesem Zeitpunkt wirklich nicht zu währungspolitischen Entscheidungsprozessen äußern, aber lassen Sie mich auf Ihre anderen Fragen eingehen. Die Währungspolitik hat in den letzten zweieinhalb Jahren viel bewirkt. Sie ist immer noch sehr anpassungsfähig. Sie kann jedoch nicht die Arbeiten übernehmen, für die andere zuständig sind, und sie kann auch nicht die Tätigkeit der Regierungen ersetzen. Zumindest fürs Erste haben wir die bisher akuteste Phase der Krise überstanden.

Was die Regierungen jetzt tun könnten, ist, ihre Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung zu überdenken, allerdings nicht – das möchte ich an dieser Stelle gleich hinzufügen – indem sie die von ihnen erreichten Fortschritte, die so viele Anstrengungen gekostet haben und so schmerzhaft waren, wieder zunichtemachen, sondern indem sie Konsolidierungsbemühungen verfolgen, die nach den Worten der EZB als „wachstumsfreundlich“ bezeichnet werden können. Das bedeutet im Wesentlichen, dass der Schwerpunkt auf eine Absenkung der Steuern statt auf eine Kürzung der laufenden Ausgaben gelegt wird, eventuell auch auf eine Erhöhung der Investitionsausgaben in die Infrastruktur und der öffentlichen Investitionen. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Investitionsausgaben in Kernländern ebenso wie in Problemländern so niedrig liegen wie seit – ich weiß gar nicht wie vielen – Jahren nicht mehr, wie seit zehn Jahren ganz bestimmt. Es besteht also eine deutliche Notwendigkeit, die Infrastruktur zu verbessern, besonders in der Dienstleistungsbranche einiger Länder und in anderen Sektoren in anderen Ländern. Und zwar auch deshalb, weil die Durchführung struktureller Reformen ein wesentlicher Bestandteil einer wachstumsfreundlichen Konsolidierung ist. Ich muss den allgemeinen Begriff „Strukturenreformen“ verwenden, weil sie je nachdem, über welches Land wir sprechen, ganz unterschiedlich sind, d. h. jedes Land hat seine eigene Agenda für die anstehenden Reformen, mit denen seine Wettbewerbsfähigkeit gestärkt, das Wachstum angeregt und Arbeitsplätze geschaffen werden könnten.

1-044

Nils Torvalds (ALDE). – Vor einer Woche hat der Ausschuss über den Bericht der Troika abgestimmt. Wenn wir die Krisenländer betrachten, zeigt sich uns ein Bild mit einem Fahrer, einem Beifahrer und einem Mitfahrer auf dem Rücksitz: Der Fahrer wäre die Kommission, der Beifahrer der IWF und auf dem Rücksitz, es tut mir leid das so sagen zu müssen, säße die EZB.

Wir haben ziemlich viel Zeit damit verbracht, über die angemessene Rolle des Mitfahrers auf dem Rücksitz zu diskutieren. Am liebsten wäre uns wahrscheinlich ein Aston Martin mit einem sehr kleinen Rücksitz, aber ich würde sehr gern Ihre Ansicht dazu hören – aber bringen Sie nicht Goldfinger ins Spiel!

Die zweite Frage betrifft den leichten Anstieg des Chicago VIX. Normalerweise bedeutet das eine

Belastung der Liquidität und eine Belastung der Liquidität wiederum bedeutet normalerweise, dass KMU weniger Geld einnehmen.

1-045

Die Vorsitzende. – Ich bin froh, dass Sie einen Aston Martin gewählt haben, denn der passt zu James Bond.

1-046

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank. – Lassen Sie uns diesen Vergleich bitte nicht zu sehr ausbauen. Außerdem hat er das gesagt, nicht ich. Sie haben Recht, die EZB sitzt auf dem Rücksitz. Sie sitzt dort wegen des speziellen Beitrags, den sie im Finanzsektor und im Bankensektor leisten kann. Das wird künftig immer stärker der Fall sein.

Es gibt einen Grund dafür, dass die EZB dort ihren Platz hat, weil nämlich für den Fall, dass der Bankenkanal – und damit unser Hauptkreditkanal im Euro-Raum – nicht funktioniert, auch unsere Währungspolitik nicht funktioniert und nicht effektiv ist. Einer der Gründe für die EZB auf dem Rücksitz ist also die Verbesserung der Arbeitsweise des Bankenkanals, damit die Transmission der Geldpolitik erfolgen kann. Sehr häufig beschränkt sich diese Verbesserung nicht nur auf den Bankensektor, sondern erfordert ein Tätigwerden auch auf anderen Gebieten, aber das ist der Blickwinkel der EZB von ihrem Platz aus. Was die Zukunft angeht, wäre es verfrüht, über die anderen Rollen der EZB nachzudenken, solange die Krise noch anhält. Darüber werden wir uns Gedanken machen, wenn wir mit Überzeugung sagen können, dass wir die Krise hinter uns gelassen haben.

Ihre andere Frage betrifft die Liquidität. Wir beobachten natürlich die Entwicklung der Liquidität. Die Überschussliquidität entwickelt sich in Abhängigkeit einer Vielzahl von Faktoren und es ist nicht leicht, ein stabiles Verhältnis zwischen Überschussliquidität und EONIA-Satz, das von den Märkten immer angestrebt wird, zu erreichen.

Einer der Faktoren, die häufig für einen Anstieg des VIX-Index sorgen, hängt damit zusammen, was am Monatsende mit der Überschussliquidität geschieht. Da finden Veränderungen statt, die den VIX beeinflussen könnten und in der Vergangenheit auch beeinflusst haben, und die sich im nachfolgenden Zyklus häufig umkehren.

1-047

Peter Simon (S&D). – Herr Draghi, ich wollte Sie zu einem ganz anderen Punkt etwas fragen, und zwar zu den Vorschlägen der Kommission zur langfristigen Finanzierung der europäischen Wirtschaft. Stichwort: das europäische Bankkonto, der Gedanke, Geld einzusammeln, Einlagen einzusammeln, als Kommission oder der Kommission zugeordnete Agentur einen festen Zinssatz festzulegen, um damit Kredite an die Wirtschaft vergeben zu können. Jetzt komme ich aus einem Land mit einem kleinzelligen Bankensektor. Und wie in Italien die Federcasse, so sind es in Deutschland die genossenschaftlichen Banken und die kleinen

Sparkassen, die die Finanzierung des Mittelstandes, der Wirtschaft, in großen Teilen tragen.

Sehen Sie bei den Gedanken, die die Kommission hier anstellt, nicht die Gefahr, dass sie in Märkten, die vom Einlagengeschäft leben – und das tun alle Sparkassen, das tun die Volksbanken – und die ihrerseits die Wirtschaft finanzieren, nicht genau diesen eigentlich gesunden Mechanismus untergraben, dass die Wirtschaft am Ende vielleicht sogar weniger gefördert wird, weil genau diesen Instituten mangels Einlagen auch die Möglichkeit entzogen wird, Kredite zu vergeben? Und sehen Sie nicht umgekehrt auch noch die Gefahr, dass in Märkten, wo Banken bislang ohnehin schlecht aufgestellt sind, wo wir eher die Gefahr von *Bank Runs* hatten, die Banken in noch größere Probleme geraten könnten, weil ihre Einlagen weiter zurückgehen?

1-048

Mario Draghi, *Präsident der Europäischen Zentralbank*. – Ich bin mir nicht sicher, ob die langfristigen Finanzierungsvorhaben der Kommission eine solche Größenordnung haben werden, dass sie sich so umfassend auf den Rest des Bankensystems auswirken. Ich sehe diesen Vorschlag eher als eine der Maßnahmen, mit denen die langfristige Finanzierung aufgepeppt werden soll, aber kaum als Konkurrenz zu anderen Finanzierungsquellen im Bankgeschäft insgesamt.

Daher bin ich nicht sicher, ob es etwas zu befürchten gibt. Insofern als diese Vorhaben für die Wirtschaft bestimmte geringfügige Verbesserungen mit sich bringen, würden sie sich auch für das restliche Bankensystem positiv auf die Einlagen auswirken.

1-049

Die Vorsitzende. – Damit ist der währungspolitische Dialog beendet.

(Die Sitzung wird um 17.10 Uhr beendet.)